

„Müssen Verluste in Kauf nehmen“

INFRASTRUKTUR: Die Gemeinden sollen die von ihnen ausgebauten Glasfasernetze abtreten – Hoffen auf Ausgleichszahlungen

BRIXEN/VILLANDERS (jp). Sie sind die neuen Straßen des digitalen Zeitalters – die Glasfasernetze. Viel Geld investierten die Gemeinden in ihren Ausbau. Nun aber müssen sie die Infrastruktur abgeben – und mit finanziellen Einbußen rechnen. Die „Dolomiten“ haben mit Walter Baumgartner gesprochen, Bürgermeister von Villanders und Präsident der Bezirks-gemeinschaft Eisacktal.

„Dolomiten“: Seit Jahren bemühen sich die Gemeinden, die Haushalte an das Glasfasernetz anzuschließen. Nun heißt es, dass die Kommunen nicht mehr Eigentümer von derartigen Infrastrukturen sein dürfen. Warum ist das so?



Walter Baumgartner (im Bild): Es ist dies die Folge von neuen Bestimmungen auf EU- und Staatsebene. Am 9. Dezember 2021 ist der Europäische Kodex für Telekommunikation in Kraft getreten, der von Italien übernommen wurde. Die darin enthaltenen Leitlinien und Beschlüsse sehen ein Verbot für öffentliche Körperschaften vor, Glasfasernetze zu besitzen – au-

ßer für ihre eigenen Zwecke.

„D“: Jede Gemeinde hat beim Ausbau des Glasfasernetzes ihr Tempo und unterschiedliche Voraussetzungen. Wie stellt sich die Situation im Eisacktal dar?

Baumgartner: Es gibt Gemeinden, die ihr Netz vollständig ausgebaut haben, andere Gemeinden sind auf einem sehr guten Weg. Insgesamt haben wir im Eisacktal einen sehr hohen Ausbaustandard erreicht. Unterschiede gibt es dahingehend, dass die Gemeinden teils verschieden an die Sache herangegangen sind: In einer Gemeinde wurde das Netz von einer Genossenschaft realisiert, in der Gemeinde Brixen größtenteils von den Stadtwerken, in Vahrn wurde das Glasfasernetz mit dem Fernwärmenetz verwirklicht. In allen anderen Gemeinden haben die Gemeinden selbst das Netz ausgebaut.

„D“: Und wie schaut es mit der Finanzierung aus?

Baumgartner: Auch diese erfolgte unterschiedlich: Viele Gemeinden verwendeten Eigenmittel, einige liehen Gelder aus dem Rotationsfonds oder haben teilweise EU-Fördergelder in Anspruch genommen.

„D“: Wer soll nun das Netz der Gemeinden übernehmen?

Baumgartner: Das Land bietet den Gemeinden über die eigene Gesellschaft Infranet an, die Netze um 1005 Euro je Anschluss



Die Arbeiten zur Verlegung des Glasfasernetzes sind kostenintensiv.

dpa/Sina Schuldt

bzw. Adresse zu übernehmen.

„D“: Gibt es eine Alternative?

Baumgartner: Die Gemeinden könnten das Netz auch über eine eigene Inhouse-Gesellschaft verwalten – allerdings muss diese Gesellschaft hohe Auflagen erfüllen: Unter anderem muss sie kostendeckend arbeiten.

„D“: Was nun also?

Baumgartner: Ich denke dass es im Sinne der meisten Gemeinden ist, eine gemeinsame Lösung

zu finden und das Angebot der Infranet anzunehmen – auch wenn wir hier wohl die hohen Verluste in Kauf nehmen müssen.

„D“: Ist es richtig, dass die Schätzung der Infranet weit unter den Erwartungen der Gemeinden liegt?

Baumgartner: Der angebotene Preis entspricht je nach Gemeinde der Hälfte beziehungsweise einem Drittel der investierten Gelder. Hinzukommt leider auch,

dass in Zukunft nach einer Abtretung der Netze die Mieteinnahmen für die Gemeinden entfallen. Das sind in der Regel monatlich 8 Euro pro Anschluss.

„D“: Vor gut 2 Wochen gab es in der Bezirksgemeinschaft Eisacktal eine Aussprache unter den Gemeinden des Eisacktals und des Wipptals. Wie reagierten die Bürgermeister auf diese Entwicklung?

Baumgartner: Natürlich haben sie ihre Enttäuschung über den relativ niedrigen Ablösepreis geäußert.

„D“: Welche Strategie schwebt den Gemeinden nun zur Lösung des Problems vor?

Baumgartner: In den kommenden 6 Monaten sollte jede Gemeinde eine Entscheidung treffen; ich gehe davon aus, dass sich die Gemeinden mit Vertretern der Infranet zusammensetzen werden, diskutieren und dann eben eine Entscheidung treffen müssen.

„D“: Was wird Villanders tun?

Baumgartner: Wir werden das Angebot der Infranet annehmen – hoffen dabei aber auch auf zusätzliche Ausgleichszahlungen von Seiten des Landes. Sie wurden den Gemeinden bei einem Treffen Mitte September vom Landeshauptmann in Aussicht gestellt.

© Alle Rechte vorbehalten